

Union und SPD wollen den Zugang gesetzlich Versicherter zur Gesundheitsversorgung verbessern. Dafür ist ein „Sofortprogramm“ geplant, das den Ausbau der Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) vorsieht. Diese sollen künftig „unter einer bundesweit einheitlichen Telefonnummer von 8 bis 18 Uhr erreichbar sein und auch haus- und kinderärztliche Termine vermitteln“. Zudem sollen Ärzte künftig 25 statt wie bisher 20 Stunden in der Woche für GKV-Patienten freihalten.

Das sieht der Koalitionsvertrag vor, auf den sich Union und SPD Anfang Februar nach zähen Verhandlungen geeinigt haben. Die potenziellen Koalitionäre setzen darin insbesondere auf die Hausarztmedizin sowie die Stärkung der Versorgung im ländlichen Raum – durch eine bessere Vergütung. „Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt“, heißt es. „Dazu werden hausärztliche Ver-



Koalitionsvertrag: 25 Stunden für GKV-Patienten

Nach zähen Verhandlungen haben Union und SPD ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Das letzte Wort der SPD-Mitglieder fällt zwar erst am 4. März – doch das 177-Seiten-Dokument zeigt bereits: Auch **auf Hausärzte** werden unter einer Neuauflage der Groko **Änderungen zukommen**.

sorgung und ‚sprechende Medizin‘ besser vergütet.“ Bis zuletzt war um das gesundheitspolitische Kapitel gerungen worden. Denn die SPD-Spitze kämpfte als zentrale Forderung für ein Ende der „Zwei-Klassen-Medizin“, etwa durch eine Angleichung der Arzthonorare für GKV und PKV. Diese hat letztlich jedoch nur in stark abgemilderter Form Eingang in den

Vertrag gefunden: Das Schaffen eines modernen Vergütungssystems, das EBM und GOÄ vereint, bedürfe einer „sorgfältigen Vorbereitung“, heißt es. Die Groko will daher eine Kommission einsetzen, die bis Ende 2019 Vorschläge für eine Reform vorlegen soll. „Ob diese Vorschläge umgesetzt werden, wird danach entschieden“, heißt es ausdrücklich.

Das letzte Wort über die Neuauflage der Groko hat die SPD-Basis. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids war bei Redaktionsschluss für den 4. März erwartet. *J. Kötter*



LINK

Mehr und aktuelle Infos zur Groko:
www.derhausarzt.eu

Weitere Vorhaben auf einen Blick



Ambulante Versorgung: Der Innovationsfonds soll fortgesetzt werden – mit 200 statt wie bisher 300 Millionen Euro jährlich.

Die Festzuschüsse für Zahnersatz sollen von 50 auf 60 Prozent steigen, der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneien verboten werden. Zudem will die Groko eine kleinräumigere Bedarfsplanung durchsetzen.



Stationäre Versorgung: Die Länderkompetenz in der Krankenhausplanung und die Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung

bleiben erhalten, der Strukturfonds wird für weitere vier Jahre fortgesetzt. Je die Hälfte der dafür vorgesehenen eine Milliarde Euro sollen aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds und von den Ländern kommen.



Sektorübergreifende Versorgung: Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll bis 2020 Vorschläge zur Weiterentwicklung

der sektorübergreifenden Versorgung „unter Berücksichtigung der telematischen Infrastruktur“ vorlegen. „Dabei sollen Spielräume für regionale Ausgestaltungen ermöglicht werden“, heißt es.

Hausärzte begrüßen Aufwertung derprechenden Medizin

In ersten Reaktionen haben Ärztevertreter das gesundheitspolitische Kapitel des Koalitionsvertrages in weiten Teilen gelobt. Zwar wiesen Berufsverbände und politische Akteure wiederholt auf das ausstehende Votum der SPD-Mitglieder hin, nichtsdestotrotz zeichnete die erste Bewertung ein deutliches Bild. Dass Union und SPD die hausärztliche Versorgung und die „sprechende Medizin“ besser vergüten wollen, wertete Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärztesverbandes (s. Bild), als „richtiges und wichtiges Signal“. „Das deckt sich mit dem gesellschaftlichen Bedarf.“ Bei der konkreten Ausgestaltung bot er in einer ersten Reaktion konstruktive Mitarbeit an. Auch dass die potenziellen Koalitionäre die allgemeinmedizinische Weiterbildung fördern wollen und die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 bekräftigen, lobte Weigeldt. Die geplante Erhöhung des Mindestsprechstunden-

angebots auf 25 Stunden hingegen „wäre ein unnötiges bürokratisches Regularium und ein negatives Signal für den hausärztlichen Nachwuchs“.

Auch Professor Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), lobte unter anderem die Förderung von Landärzten sowie Maßnahmen zur Nachwuchssicherung. So ist im Koalitionsvertrag ausdrücklich eine Erhöhung der Medizinstudienplätze angesprochen.

Das Einsetzen einer Kommission zur Honorarfrage wertet Montgomery als „vernünftig“. In der Tat zeigten sich viele Ärztevertreter erleichtert, dass die Bürgerversicherung keinen Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden hat, während aus den politischen Lagern von SPD und Grünen enttäuschte Stimmen laut wurden. Zahlreiche Verbände hatten sich während der Verhandlungen wiederholt ge-



gen eine Vereinheitlichung der ärztlichen Abrechnungssysteme EBM und GOÄ ausgesprochen. Die nun angedachte Lösung verschaffe die

„Möglichkeit, sich noch einmal eingehend mit den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein modernes Vergütungssystem wie auch den möglichen strukturellen und finanziellen Verwerfungen auseinanderzusetzen“, wertete Montgomery.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wollte sich inhaltlich zur gesundheitspolitischen Agenda erst äußern, wenn die SPD-Mitglieder zugestimmt haben. Die KBV sieht sich aber mit ihrem Konzept „KBV 2020“ gut für die kommenden Aufgaben aufgestellt. Lob für den Koalitionsvertrag gab es auch von Kassenseite – insbesondere für die geplante Weiterentwicklung der sektorübergreifenden Versorgung. (jk)



Gesundheit bleibt in CDU-Händen

Die mit dem Koalitionsvertrag bekanntgewordene Ressortaufteilung sieht vor, dass das Gesundheitsministerium weiterhin von der CDU geführt wird. Als heißeste Anwärterin auf den Ministerposten wurde bei Redaktionsschluss die bisherige Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Anette Widmann-Mauz gehandelt. Hermann Gröhe (CDU) soll Bildungsminister werden, hieß es.

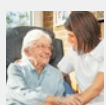
Alle Ressorts auf einen Blick:
<https://hausarzt.link/tnOUO>

Jana Kötter, 135pixels - Fotolia, Ingo Bartussek - stock.adobe.com, Gina Sanders - Fotolia

Fotos: GEORG LOPATA/axentis.de,



E-Health: „Wir werden die Telemedizininfrastruktur weiter ausbauen und eine elektronische Patientenakte für alle Versicherten in dieser Legislaturperiode einführen“, sagen Union und SPD im Vertrag zu. Außerdem soll unter anderem die Anwendung und Abrechnung telemedizinischer Leistungen ausgebaut werden.



Pflege: In einem Sofortprogramm sollen 8.000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Außerdem wollen Union und SPD die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken, etwa durch die flächendeckende Umsetzung von Tarifverträgen.



GKV-Finanzierung: Ab 1. Januar 2019 sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge wieder zu gleichen Teilen tragen. Der Zusatzbeitrag wird dafür nicht abgeschafft, sondern paritätisch finanziert. Der Morbi-RSA soll „mit dem Ziel eines fairen Wettbewerbs“ weiterentwickelt und vor Manipulation geschützt werden.